

Antrag

**der Abgeordneten Krzysztof Walczak, Dirk Nockemann, Dr. Alexander Wolf,
Olga Petersen, Thomas Reich und Marco Schulz (AfD)**

Betr.: Hamburger Rat für nachhaltige Entwicklungspolitik (RANEP) abschaffen

2009 ersuchte die Bürgerschaft den Senat, einen Hamburger Rat für nachhaltige Entwicklungspolitik (RANEP) einzurichten (Drs. 19/2896). Der RANEP berät den Senat bei Themen der Entwicklungshilfe und insbesondere der internationalen Zusammenarbeit mit den Partnerstädten Hamburgs. Die vom Senat zum Teil auf Vorschlag der Bürgerschaft ernannten Mitglieder sollen hierbei „die wichtigsten Facetten der entwicklungspolitischen Arbeit abbilden“ (ebenda). Bestimmend für die Auswahl der Mitglieder sind ferner „entwicklungspolitisches Fachwissen und Erfahrung oder Kenntnisse in Gender-Fragen“ (<https://www.hamburg.de/international/rat-fuer-nachhaltige-entwicklung/>, abgerufen am 15.09.2021). Jüngst unterrichtete die Präsidentin die Bürgerschaft über die Ernennung der neuen RANEP-Mitglieder (Drs. 22/4371).

Bei Lektüre der entsprechenden RANEP-Berichte wird eine besondere Nähe der RANEP-Mitglieder zu Positionen, die überwiegend im linken Teil des politischen Spektrums beheimatet sind, deutlich. So setzt der RANEP bewusst (affirmative, und nicht etwa kritische) Schwerpunkte auf das Thema „Fair Trade“ oder die Agenda 2030 der Vereinten Nationen (Drs. 21/19577, Seite 4). Die Agenda 2030 wird von der AfD bereits länger kritisiert, da sie sich nachteilig auf die Entwicklung von Industriestaaten und damit auch von Deutschland auswirkt (<https://www.bundestag.de/presse/hib/659706-659706>, abgerufen am 15.09.2021).

Im Bereich der Migrationspolitik ist der RANEP ebenfalls eindeutig links positioniert. So schreibt der RANEP selbst: „Es ist besorgniserregend zu sehen, dass sich Europa immer weiter vor Migration abschottet. Die „Festung Europa“ wird mithilfe von Drittstaaten gehalten, und die Vulnerabilität von Migranten, insbesondere von Frauen und Kindern auf ihrem Weg nach Europa, nimmt immer weiter zu.“ (Drs. 21/19577, Seite 8). Geradezu radikal links wirkt die Aussage des RANEP „Entwicklungspolitik darf nicht verstanden werden als Instrument der Migrationsverhinderung“ (Drs. 21/19577, Seite 6), wenn man berücksichtigt, dass selbst die noch amtierende schwarz-rote Bundesregierung Entwicklungspolitik zum Teil als Instrument zur Steuerung von Migrationsströmen versteht und hierzu eigene entwicklungspolitische Programme wie „Perspektive Heimat“ aufsetzt. Eine differenzierte oder geschweige denn kritische Haltung zur Migration ist beim RANEP nicht wahrnehmbar; der RANEP beleuchtet Migration ausschließlich aus der Perspektive von Migranten und ihren Interessen.

Beim RANEP handelt es sich also um ein politisch tendenziöses Gremium, das ausschließlich linke Positionen und Narrative reproduziert. Aber nicht nur die politische Voreingenommenheit spricht gegen den RANEP. Wie die AfD-Fraktion bereits im Antrag auf Drs. 22/4461 dargelegt hat, sollte generell keine Entwicklungszusammenarbeit auf Landesebene betrieben werden. Nicht nur von rechts wird insofern die massive Fragmentierung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit kritisiert, in der unzählige Akteure – Kommunen, Länder, Bund, EU, Ministerien, Stiftungen, Verbände, Vereine, Kirchen et cetera – mitmischen. Das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) veröffentlichte 2016 eine Kolumne, in der es heißt: „Sich im Zeitalter der

2030 Agenda vom ersten Jahr an intensiv mit der Fragmentierungsproblematik auseinanderzusetzen, ist daher ein drängendes Gebot der Stunde.“ (<https://www.die-gdi.de/die-aktuelle-kolumne/article/fragmentierte-entwicklungszusammenarbeit-im-zeitalter-der-2030-agenda/>, abgerufen am 15.09.2021).

Stattdessen muss die Entwicklungszusammenarbeit auf Bundesebene an einer zentralen Stelle konzentriert werden und hierbei ein Schwerpunkt auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern gelegt werden. Mit dieser neuen Strategie würden auch die betroffenen Völker in Entwicklungsländern profitieren.

Hamburg kann einen Beitrag zur politischen Ausgewogenheit und zur Defragmentierung der deutschen Entwicklungspolitik leisten, indem es den RANEP abschafft.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:

- I. Die Bürgerschaft hebt ihren zustimmenden Beschluss zur Drs. 19/2896 wieder auf.
- II. Der Senat wird aufgefordert,
 1. die Mitglieder des Hamburger Rates für nachhaltige Entwicklungspolitik (RANEP) abzurufen und den RANEP abzuschaffen,
 2. der Bürgerschaft bis zum 30. November 2021 zu berichten.